

Bochumer Studenten Zeitung

Jahrgang 1 / 1967

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) an der Ruhr-Universität

Nr. 6 / 22. Mai 1967

Rede des AStA-Vorsitzenden traf genau ins Schwarze

Sanfter, diplomatischer, nichtssagender!

Vorurteilslose, objektive Hingabe und ein der Wahrheit verpflichtetes Ethos des Erkennens gehörten zum wissenschaftlichen Tun. Und zum Studieren gehöre der Wille zum eigenen, verantwortlichen Handeln.

Es gab gar manchen — und nicht nur neuimmatrikulierten — Studenten, der erstaunt war über diese Definition wissenschaftlichen Tuns und wissenschaftlicher Haltung, die Magnifizienz Professor D. Greeven in seiner Festrede den bei der Immatrikulationsfeier Anwesenden zum Nachdenken (in zweifachem Sinne) anbot.

Des Rektors ideale Vorstellungen klangen ermutigend, sollten es wohl auch sein. Und sie hätten sicherlich ihre Wirkung auch nicht verfehlt, wenn nicht... Ja, wenn nicht ein Student eine Rede gehalten hätte. Nicht irgendein Student. Und nicht irgendeine Rede. Sondern der AStA-Vorsitzende Roland Ermrich. Und eine provokativ-politische Rede.

Das wäre an sich noch nicht einmal so „skandalös“ (vgl. Ruhr-Nachrichten vom 11. 5. 1967) gewesen, hätte Roland Ermrich seine „Schmährede“ (vgl. WAZ vom 11. 5. 1967) nicht in aller Öffentlichkeit gehalten. Und nicht gerade anlässlich einer Immatrikulationsfeier.

Nun soll bekanntlich neuimmatrikulierten Studenten ein erster Ein- und Ausblick gegeben werden, umrahmt von feierlich-ernster Musik und feierlich-ernsten Gesichtern erste Informationen darüber, was ihrer in naher Zukunft harret.

Und so ist es gerechtfertigt, auch auf einer Immatrikulationsfeier — oder gerade dort —, daß Studenten ihren neuimmatrikulierten Kommilitonen und Kommilitoninnen gegenüber die Schwierigkeiten eines neuem begonnenen studentischen Lebens aufzeigen. Und so ist es spätestens bei einer Immatrikulationsfeier — ohne Zweifel bietet sie die Gewähr dafür, daß ein Großteil derer, die angesprochen werden sollen, auch angesprochen wird —, an der Zeit, sie auch über gewisse, an bundesrepublikanischen Hochschulen übliche Praktiken aufzuklären.

Das hat Roland Ermrich getan. Nichts sonst. Daß der Inhalt seiner Rede provozierte, lag weniger daran, daß man ihn hätte sanfter, diplomatischer, nichtssagender formulieren können. Die Provokation lag vielmehr darin, daß es jemand gewagt hat, ein Haus auch Haus zu nennen.

Noch ungeheurerlicher allerdings war es, daß ein Student sein im Grundgesetz verbrieftes Recht auf freie Meinungsäußerung auch öffentlich wahrzunehmen wagte. Eine Tatsache, die Seine Magnifizienz gleichermaßen erregte und schockierte.

Schließlich, so sagte Professor D. Greeven, habe er den Studenten dadurch sein partnerschaftliches Vertrauen ausgedrückt, daß er das Manuskript des AStA-Vorsitzenden vorher nicht geprüft habe. Man formuliere diesen Sachverhalt — spaßeshalber — einmal negativ und ziehe dann die logische Konsequenz... Nun, wie dem auch sei, eine ganze Reihe Bochumer Professoren bewies Reaktion. Unter stummem Protest verließen sie den Mensasaal.

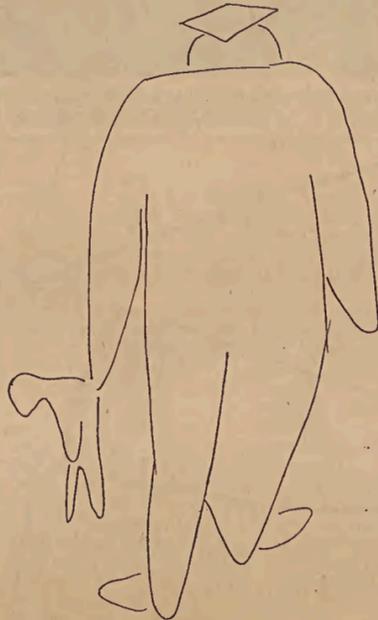
Danach zogen es die Prager Arminen ebenfalls vor, auszuziehen: so gaben sie ihrer Solidarität mit den Professoren vor aller Augen verständnisvoll-deutlichen Ausdruck.

Aber nicht nur das machten sie deutlich. Sie bewiesen auch, daß Hochschul- und Studienreform im Grunde genommen überflüssig sind. Wir brauchen in der Bundesrepublik keine reformierten Hochschulen oder Studiengänge. Was jedoch nützt, das ist der reformierte Student. P. M.

BOCHUM. (BSZ) „Es gibt hier also keine Versuche, z. B. mit Disziplinarordnungen politische Beschlüsse und Entschlüsse der Studentenschaft zu verhindern. Zwar gab es in der Tat noch keine sogenannte „Feuerprobe“ zu bestehen, aber meine Erfahrung mit Rektor und Senat bestätigt meinen Optimismus. Als der AStA-Vorsitzende Ermrich dies den neuimmatrikulierten Studierenden in der Feierstunde am 10. Mai erklärte, war die „Feuerprobe“ soeben eingeleitet. Verschiedene Professoren, u. a. Reichardt, Köllmann, Bosch, Schilcher, hatten kurz vorher demonstrativ den Saal verlassen. Und in seiner Erwiderrung wies der Rektor der Ruhr-Universität, Se. Magnifizienz Prof. D. H. Greeven, Ermrich erregt zur Ordnung.

Zusammen mit den Professoren verließen auch Burschenschaftler der Prager Arminia („Prag ist deutsch“), in Couleur — die Professoren hatte auf Amtsröben verzichtet — und im Gänsemarsch ebenfalls die Mensa. In einem Brief forderten sie später Ermrich auf, sich wegen „seines ungehörigen Verhaltens“ beim Rektor zu entschuldigen.

Die Presse schwelgte unisono in Dissonanzen: „Mißklang“ (WAZ); „Mißtöne (Westfälische Rundschau); „Skandal“ (Ruhr-Nachrichten); „Mißklang“ (FAZ). Die Westfälische Rundschau veröffentlichte ein Bild mit der Unterschrift: „Nur ernste Gesichter gab es bei der feierlichen Immatrikulation“ — sie zeigte die Professoren stehend bei ihrem Einzug, ehe überhaupt irgendjemand ein Wort geäußert hatte. Ähnlich die Adjektive in den Kommentaren. Als der erste, Prof. Reichardt, dem Vortrag Ermrichs den Rücken kehrte, hatte dieser mit keinem Wort überhaupt auf Bochum Bezug genommen. Offenbar wirkte allein schon das Wort „politisch“ wie ein Treibsatz. Nichts weiter als „einige Gedanken zum Selbstverständnis studentischer Interessenvertretung und die Versuche, sie zu verwirklichen“, wollte Ermrich anbieten. (Forts. Seite 2 „Unpolitische Universität“)



„Der Vorgang des Lehrens und Lernens ist nicht umkehrbar.“

WAHLORDNUNG

Zu ihrer ersten öffentlichen Sitzung im Sommersemester wird die Versammlung der Fachschaftsvertreter am Dienstag, 23. Mai, um 20 Uhr, im Hörsaal A II, zusammenzutreten. Vor allem soll die zur Durchführung der allgemeinen Wahlen noch in diesem Semester von der Satzungskommission vorbereitete Wahlordnung beraten und verabschiedet werden. Außerdem wird der AStA-Vorsitzende Ermrich über die Arbeit der letzten Monate berichten.

BSZ-Informant gefährdet?

BOCHUM. (BSZ) Das Sekretariat der Universitätsverwaltung hat keinen Überblick über die Gebührenzahlungen des vergangenen Semesters, wie von gut unterrichteter Seite zu erfahren war. Damit bestätigt sich, was die BSZ in Nr. 3 und 5 berichtete. Eine Stellungnahme besonders zu dem Bericht „Universitätsverwaltung wird nicht mit dem Computer fertig“ lehnte Verwaltungsdirektor Schmitz vorerst noch ab. „Ich sage weder ja noch nein“, so lautete die Antwort.

Der Bericht hat, wie wir weiter erfahren, einen unserer Informanten ernsthaft gefährdet. Als Angestellter sei er nicht berechtigt, gegenüber der Presse über interne Angelegenheiten Auskunft zu geben. Deshalb sei mit disziplinarischen Maßnahmen zu rechnen. Ursprünglich war der Computer für die Verwaltung der Universitätsbibliothek in Dienst gestellt worden. Ausleihe und Katalogisierung sind auf diesem Sektor erfolgreich rationalisiert worden. Das Sekretariat und die Kasse der Universität haben später, und ohne entsprechende Vorarbeit, die Datenverarbeitungsanlage ebenfalls beansprucht. Das augenblickliche Dilemma rührt daher, daß die Programme unzulänglich und für den ständigen Gebrauch falsch sind. (Kommentar Seite 2: „Genauer gesagt — Besser schweigen?“)

Honnefer Modell nicht erhöht

BONN. (akd) — Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat beschlossen, die Mittel für die Studienförderung nach dem Honnefer Modell im Bundeshaushalt 1967 gegenüber dem Vorjahr nicht zu erhöhen. Auf Antrag des Abgeordneten Raffert (SPD) soll jedoch die Fest-

SHB greift ein

In einem offenen Brief hat der SHB zur Immatrikulationsfeier am 10. Mai Stellung genommen. Darin unterstützt er den AStA-Vorsitzenden persönlich. Außerdem fordert er eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Studentenschaft, des Senats, der Hochschulgruppen und der Presse über die in Ermrichs Rede berührten Fragen, besonders auch im Hinblick auf ein nordrhein-westfälisches Hochschulgesetz.

Kürzung um 50 Mio D-Mark

DÜSSELDORF. (dpa) — Die Bauausgaben für Hochschulen werden im Landeshaushalt 1967 um 50 Millionen Mark niedriger liegen, als ursprünglich vorgesehen war. Gleichwohl werden für die Landesuniversitäten wie im Vorjahr wieder 870 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

Kultusminister Holthoff erklärte, die ausgebliebene Steigerung sei durch die schnell anwachsenden fortwährenden Ausgaben auf dem Hochschulsektor bedingt. Die Entwicklung sei alarmierend. Die laufenden Ausgaben sind in diesem Jahr mit 543 Millionen Mark höher als 1966 für alle Hochschulen der Bundesrepublik.

Endlich ist die Satzung durch

BOCHUM. (BSZ) — Wie die Auszählung der Urabstimmung über die Satzung der Studentenschaft an der Ruhr-Universität am 15. Mai im Beisein eines Rechtsanwalts ergab, haben sich 79,06 Prozent der abgegebenen Stimmen für die Annahme der Satzung ausgesprochen. 20,94 Prozent lehnten sie ab. Die 4 259 ordentlichen Studierenden des Wintersemesters waren stimmberechtigt. Von ihnen beteiligten sich 1 545 an der schriftlichen Urabstimmung. Das entspricht 36,28 Prozent. 1 212 Ja-Stimmen, 321 mal nein und 12 ungültige Karten stellte die Wahlkommission fest. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studierenden sprachen sich 28,45 Prozent für die Satzung aus. (In ihr selbst ist festgelegt, daß ein Urabstimmungsantrag künftig als angenommen gilt, wenn sich mindestens ein Viertel der Studentenschaft für ihn ausspricht).

In diesem Falle, als einem gleichsam verfassunggebendem Akt, entschied die einfache Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen.

In einer ersten Stellungnahme erklärte AStA-Vorsitzender Ermrich, in Anbetracht der Umstände halte er das Ergebnis für gut. „Die Dreiviertel-Mehrheit ist vielleicht ein Zeichen, daß sich das künftige Parlament nicht mit unwichtigen Satzungsänderungen zu beschäftigen braucht.“

Partnerschaft Bochum-Orléans auf Seite 3

Sensationell! Senator Stein: Mehr Mitsprache!

BERLIN. (BSZ/dpa) — Der Entwurf des neuen Berliner Universitätsgesetzes sieht eine erweiterte Mitarbeit der Studenten in den akademischen Gremien vor. Das teilte der Senator für Kunst und Wissenschaft, Professor W. Stein, in einem Interview mit der „Berliner Morgenpost“ mit. Stein befürwortete das Recht der Studenten, Professoren zu kritisieren und jederzeit zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Bislang schien das sogenannte „Berliner Modell“ vielen schon zu weitgehend zu sein. Ein knappes Vertrauensvotum brachte die Urabstimmung an der FU Berlin für den Konvent. Mit der Urabstimmung sollte festgestellt werden, ob die

vier vom Rektor gemäßregelten Studentenvertreter noch das Vertrauen der Studenten besitzen.

Es wurden 10 173 Stimmen abgegeben (67,1 Prozent der Stimmberechtigten). 4 709 (46,1 Prozent der Stimmberechtigten) sprachen dem Konvent und den vier vom Rektor gemäßregelten Studentenvertretern ihr Vertrauen aus. Dem stehen 4 383 (43,3 Prozent) Gegenstimmen gegenüber. Ungültig waren 1 035 Stimmen (10,1 Prozent).

Konventsvorsitzender Lefevre bezeichnete das Ergebnis der Urabstimmung als einen „knappen Sieg für den AStA und eine vernichtende Niederlage für den Rektor“.

Freiwillige Selbstkontrolle?

BOCHUM. (BSZ) Zu einem ersten Gespräch im Sommersemester hatte der Rektor der Ruhr-Universität, Prof. D. Greeven, die Repräsentanten aller studentischen Vereinigungen am 11. Mai im Lottental eingeladen. Wie sich bei dieser Gelegenheit in einer Rundfrage ergab, vereinigen die etwa 25 bisher zugelassenen Gruppen insgesamt über 450 Mitglieder auf sich. Das heißt, fast 10 Prozent der Ruhr-Studenten sind in irgendeiner Weise aktiv engagiert. Anteilmäßig finden die politischen Hochschulgruppen SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund), SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), HBK (Hans-Böckler-Kreis), HSU (Humanistische Studentenumion), RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) mit zusammen über 180 Mitgliedern den meisten Zuspruch. Prof. Greeven gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich die studentischen Vereinigungen zu einem Verband in

irgendeiner Weise konstituieren. Ein kleinerer Ausschuß könne dann als beratendes Organ des Rektors fungieren, sofern sich die Gruppen an seine Entscheidungen gebunden fühlten. Greeven: „Wenn dieser Ausschuß zum Beispiel der Ansicht ist, daß der v. Thadden nicht an der Ruhr-Universität sprechen sollte, dann wird er eben nicht eingeladen.“

Bei einem Teil der Professoren und der Gruppen wird dieser Plan mit Skepsis aufgenommen. „Freiwillige Selbstkontrolle“, sagen die einen, „Hier soll wohl dem Parlament und dem AStA entgegen gewirkt werden“, die anderen. Wie der Persönliche Referent des Rektors, Dr. Kübler, versicherte, wird Prof. Biedenkopff als Nachfolger Prof. Greevens die Runde fortsetzen.

Die Versammlung beschloß, am 27./28. Mai ein Seminar durchzuführen, in dem über die angesprochenen Themen diskutiert wird.



Durst löscht man mit Schlegel



Die Diskussion

Die Rede ist bestimmten Regeln unterworfen, soll sie nicht dem Redner oder der Sache oder beiden zum Schaden gereichen. Das wäre nicht der Rede Sinn.

So ist es vor allem des Redners Pflicht, sich bewußt zu sein, wer sein Adressat ist. Es kommt entscheidend für den Erfolg der Rede daher auf das Auditorium an. Es ist wohl nicht abwegig, anzunehmen, daß zum Beispiel bei einer Immatrikulationsfeier der neuimmatrikulierte Student vor allem ganz konkrete Dinge von seiner für ihn neuen Universität erfahren möchte und zwar aus studentischem Munde.

Er will sich bei der ersten Begegnung mit seiner neuen Universität zunächst informieren. Dies gilt im besonderen für Bochum, wo die „Haussorgen“ von so praktischer, aktueller Bedeutung sind — wie etwa die Frage eines ausreichenden Lehrangebots, einer genügenden Zahl von Hörsaal- und Laborplätzen, einer ausreichenden Zahl von Büchern in den Bibliotheken, von studentischen Aufenthaltsräumen.

Bei allem diesen kann der Redner noch für sich buchen, daß anwesende Politiker mit angedreht werden. In gleicher Weise interessiert den Studenten auch studentische Politik, sei es im Rahmen studentischer Selbstverwaltung oder Mitverwaltung.

Ihn wird jedoch ein wenig das Gefühl unzulänglicher Information ergreifen, wenn er sich eine Rede anhören muß, die sich mit allgemeinen Problemen beschäftigt, die ihn unmittelbar nicht berühren. Dies um so mehr, wenn der Redner seine Rede mit dem Schlusse krönt, daß seiner Rede Sinn hier am Orte mehr platonischer Art sei. Wie soll so etwas ein Lehrkörper verstehen? Spätestens hier fragt der Zuhörer nach der Rede Sinn.

DIE KUNST ZU REDEN Klaus Kübler

Wenn nun aber eine solche Rede, abschließend über ein ganz bestimmtes Problem gehalten, ohne besondere örtliche Aktualität und örtlichen Anlaß ist (oder war?), was der Redner mit Einschränkungen selbst zum Ausdruck bringt, schon allein wegen ihrer Deplaziertheit bei anderen Zuhörern zum Stein des Anstoßes wird, so ist sie eben fehl am Platze.

Es gibt keinen besseren Beweis dafür, wie wichtig es ist, den richtigen Anlaß und den richtigen Zeitpunkt zu wählen. In Bochum sind die eigenen Sorgen um den weiteren kontinuierlichen Aufbau zur Zeit so groß, daß fremde Sorgen dahinter zurücktreten.

Die Situation in Bochum in ihrer Aufbau-phase ähnelt den Situationen an den Hochschulen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Lehrkörper und Studenten bauen gemeinsam an der Ruhr-Universität. Damit sind zwei weitere Pflichten des Redners angesprochen. Wer den Anlaß und den Zeitpunkt falsch wählt, setzt sich dem Verdacht aus, Anlässe und Situationen zu verkennen. Drum fragt der Zuhörer erneut nach der Rede Sinn.

Eine selbstverständliche Pflicht ist es weiter, in der Sache glaubwürdig und überzeugend zu wirken. Dazu wiederum gehört, den richtigen Anlaß zu wählen, die Sache über die reine Politik zu stellen oder doch wenigstens für die Politik eine Sache zu haben. Zu weit hergeholt Anlässe wirken unglaubwürdig. Gesteigert wird dieser Eindruck noch, wenn es sich offensichtlich um eine Pflichtübung aus Solidarität handelt. Überzeugend wirken nur konkrete, unmittelbar aktuelle, nicht mehr oder weniger — wenigstens was den Ort angeht — theoretische Ausführungen. Um so mehr als man, was man doch will, nur dadurch den Studenten engagieren kann. Was ist sonst der Rede Sinn?

Eine nicht unbedeutende Pflicht ist, den Ort der Rede zu beachten. Natürlich sind akademische Feiern keine heiligen Handlungen. Sie sind durchaus auch ein Ort für Hochschulpolitik, im Rahmen der hier umschriebenen Pflichten.

Wer das Recht als Partner in der Hochschule beansprucht, unterliegt aber den Pflichten der Partnerschaft. Das gehört mit zum neuen Selbstverständnis der Studenten. Eine selbstverständliche Pflicht gerade im akademischen Bereich ist es, die Höflichkeit zu wahren und verletzende oder beleidigende Formulierungen zu vermeiden.

Dies gilt in besonderem Maße, wenn der Redner selbst Gastrecht genießt und durch seine Äußerungen den Gastgeber gegenüber seinen anderen Gästen in eine ungewollte Situation bringt. Das ist doch nicht der Rede Sinn.

In dem Vortrag hieß es: „Im allgemeinen sind die studentischen Vertreter weder weniger sachkundig noch weniger taktisch oder politisch versiert als die an der Selbstverwaltung mitarbeitenden Dozenten und Professoren.“

(Dr. Klaus Kübler ist Persönlicher Referent des Rektors. Er vertritt an dieser Stelle seine eigene Meinung.)

Beachten Sie das besonders günstige Angebot von



OLYMPIA-SCHREIBMASCHINEN

in ihrem Studentenwerk, Baracke 8, hinter der Mensa

Über die Eintopftreppe

Es begann mit einem würdigen Musikstück und es endete auch mit einem. Doch zwischen beiden wurde die Würde der feierlichen Immatrikulation in der Mensa durch etliche schrille Mißtöne ramponiert. Denn kaum hatte der AStA-Vorsitzende Roland Ermrich die Anwesenden — unter ihnen ein leibhaftiger Herr General — begrüßt, da griff er auch schon in oft scharfer Form die Zustände an Bundesdeutschlands Universitäten an.

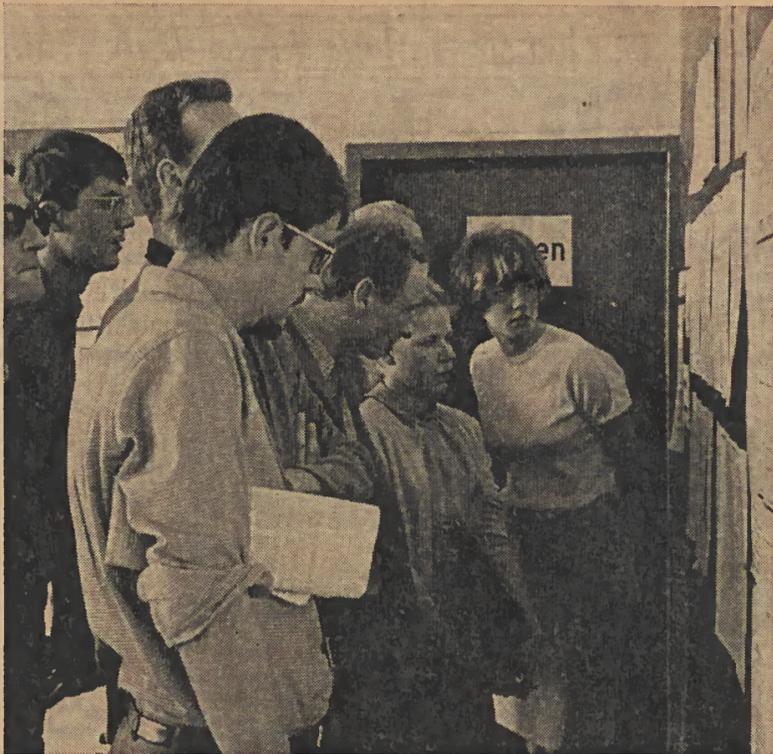
Doch während er sich gegen politische Gängeleien wandte, platzte einigen Professoren, die sich offenbar angesprochen fühlten, der Kragen. Sie erhoben sich würdevoll und verließen noch während der Rede demonstrativ und über die Eintopftreppe die Feierlichkeit.

Dies ermutigte ein halbes Dutzend Studenten, deren Mützen eindeutig den geistigen Standort ihrer Träger verrieten, aufrecht und mit entrüsteter Miene ins Speiserestaurant hinüberzuwechseln. Unter den Zurückgebliebenen regte sich leise Heiterkeit.

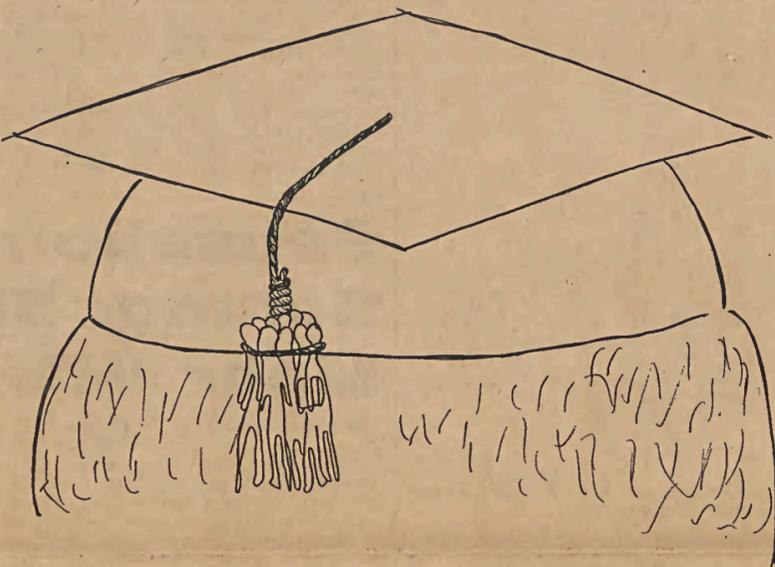
Roland Ermrich schloß seine Ausführungen mit dem gelinde überraschenden Resümee, daß die aufgezeigten Mißtöne kaum auf die Ruhr-Universität zuträfen. Da haben ihn die Hinausgegangenen sicher mißverstanden. Oder wollten sie ihn mißverstehen? Oder wollte er mißverstanden werden?

Jedenfalls hat sich die Ruhr-Universität den neuen, in Anzug und züchtigem Schlips erschienenen Studenten auf eine recht seltsame Weise vorgestellt.

Bernd Westermann



Das Schwarze Brett in der Mensa, an dem der Wortlaut der Immatrikulationsrede des AStA-Vorsitzenden ausgehängt war, blieb ständig umlagert. Foto: BSZ (Hüper)



Unpolitische Universität?

Fortsetzung von Seite 1: Rede des AStA-Vorsitzenden

Im Verlauf seines Vortrages versuchte er eine historische Analyse, die solche Auseinandersetzungen wie in Berlin und Bonn zwischen den Studentenschaften und den Rektoren bzw. den Senaten verständlich machten. Freilich war die Rede nicht frei von Wertungen. Sie gipfelte in der Feststellung: „Den Studenten wurde (Imperfect!) das Recht streitig gemacht, sich zu politischen Fragen zu äußern. In jenen Tagen (gemeint 1959. Red.) bediente man sich einer Erfindung, die nur noch als Columbus-Ei bezeichnet werden kann, nämlich des Arguments der unpolitischen Universität. Forschung und Lehre, so argumentierte man, seien ihrem Prinzip und ihrer Aufgabenstellung nach unpolitisch und also auch die Studenten.“

„Bereits in dem geflügelten Hinweis an die Adresse der Studenten: Studiert lieber! steckt ein gehöriges Quantum antidemokratischer Unverschämtheit durch die Verquickung der Sentenz, Studenten seien an der Universität, um zu studieren, mit dem Anspruch, nur Privilegierte — die Politiker nämlich — seien für das Wohl der Nation verantwortlich.“

„So wurde damals das Schreckgespenst einer „Politisierung der Hochschulen“ an die Wand gemalt, um die Akademiker von der politischen Mitverantwortung fortzuschleichen.“

Die unpolitische Universität war Ideologie.“ Am Schluß erst forderte Ermrich für die Ruhr-Universität Regelungen, und zwar in der Verfassung, „daß wir wirklich nicht nur von Mal zu Mal ein gutes Einvernehmen zwischen Lehrenden und Lernenden haben, sondern daß dieses gute Einvernehmen auch institutionali-

siert wird. Auf diese Weise können in Bochum Vorgänge, wie sie an anderen Universitäten in den letzten 20 Jahren vorkamen, vermieden werden.“

Darauf meinte Prof. Greeven, es gebe Dinge, die sich nicht institutionalisieren ließen. Der Vortrag des Lehrenden und Lernenden sei nicht umkehrbar (in einigen Zeitungen wurde irrtümlicherweise „Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden“ zitiert), implizite verbiete man sich studentische Verweise.

Wie wenig im Grunde noch das Selbstverständliche verständlich ist, zeigt die Reaktion der Professoren, die sich angesprochen fühlten: ihren schriftlichen Protest über Ermrich richteten sie ausschließlich an den Rektor... Eine persönliche Sorge des Rektors: daß das sogenannte „Agreement“ zwischen Studentenschaft und Senat — eben noch keine Institution! —, welches den zwei studentischen Senatssprechern weitestgehendes Stimmrecht einräumt, für das er sich eingesetzt hat, unter dem Druck der Kollegen wieder platzt... Die Ironie des Zufalls wollte es, daß sich der AStA und der Rektor Stunden später in Düsseldorf erneut trafen: bei der 17. Jahresfeier der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen hielt Prof. Braubach (Bonn) unbewegt und zur stillen Gaudi aller Beteiligten den Festvortrag über die Rolle des — sozusagen ersten modernen Studentensprechers — Carl Schurz in den Revolutionsjahren 1848/49 an der Universität Bonn. Auch hier der gleiche Tenor, jenseits der historischen Reminiszzenzen: die Dialektik zwischen der Demokratievorstellung der Studenten und dem Beharrungsvermögen der Mehrzahl der Professoren.

Erneut Ausbildungsförderung

BONN. (akd) — Der Bundestag wird in Kürze eine Diskussion über den von der Bundesregierung vorgelegten Ausbildungsförderungsbericht abhalten. In diesem Zusammenhang werden auch Anträge der Fraktionen für eine Verbesserung der Ausbildungsförderung erwartet. Allerdings rechnen informierte Kreise angesichts der Finanzlage des Bundes und der Länder nicht damit, daß eine nachhaltige Verbesserung der Ausbildungsförderung, abgesehen von der Novellierung des AVAVG, in absehbarer Zeit beschlossen wird.

Der zuständige Arbeitskreis der CDU/

CSU-Fraktion hat vor kurzem einen Beschluß gefaßt, die Verbesserung der Ausbildungsförderung in die mittelfristige Finanzplanung einzubauen. In ähnlicher Weise dürften auch die beiden anderen Bundestagsfraktionen optieren. Wegen der Vorbehalte einiger Länder gegen eine Beteiligung des Bundes an einer allgemeinen Ausbildungsförderung gilt es im übrigen in kulturpolitischen Kreisen nach wie vor als fraglich, ob es zu einem Ausbildungsförderungs-gesetz oder auch zu einem Bund-Länder-Abkommen über die Ausbildungsförderung kommen wird.

Schönes Wetter - und andere Stofseufzer!

„Morgen wird man wohl in allen Vorlesungen über Ihren Vortrag predigen.“ (Ein Professor nach der Immatrikulationsfeier zum AStA-Vorsitzenden Ermrich).

„Offenbar verstehe ich dann wohl nichts von Politik, und das nach siebzehnjähriger Praxis...“ (Landtagsvizepräsident Schneider).

„Scheint sich bei allen Universitäten allmählich so rumzusprechen, nach dem Vorbild von Berlin auch hier so eine gewisse Unruhe zu schaffen.“ (Ein Student).

„Das schöne Wetter... Es war eigentlich zu schade, um da oben zu sitzen.“ (Eine Studentin).

„Eine Unverschämtheit von dem Ermrich.“ (Ein Student).

„Endlich einmal jemand, der den Mund auf tut. Das ist sehr wichtig.“ (Ein Nicht-Student).

„Geschenkt, meiner Meinung nach.“ (Ein Student auf die Frage nach seiner Meinung).

„Mit dem Flugblatt der Prager Arminen könnte ich mich zur Not noch identifizieren.“ (Ein Student).

„Ich fand das reichlich unverschämt, was der Ermrich da getan hat.“ (Ein Student, der nicht dabei war).

„Ich kann nichts sagen, ich bin nicht dabei gewesen.“ (Ein Student).

„Offensichtlich ist Ermrich mit beiden Beinen ins Fettnäpfchen getreten.“ (Ein Student).

„Können Sie mir sagen, weshalb die Professoren rausgelaufen sind?“ (Eine Studentin).

„Reden kann er. Das war eine ciceroianische Invektive — vom Inhalt zu schweigen.“ (Ein Professor der Romanistik).

wywiad
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote • Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 • Ruf 61423

You see Bochum

Den ständig wachsenden Besucherstrom zur Ruhr-Universität versuchte Presse-referent Lensky zu erklären: „Statt ‚You see the Rhine‘ heißt es jetzt ‚You see Bochum‘.“ Für Gäste der Landesregierung oder andere Delegationen in Düsseldorf heißt ein selbstverständlicher Programmpunkt „Besichtigung der Ruhr-Universität.“ Schon die Stewardessen preisen Flug-gästen, die einen Tip haben möchten, Bochum an, wie ein südafrikanischer Professor zu erzählen mußte. Am bekanntesten ist der Querenerburger Campus wohl in Südamerika. Nachweislich haben etwa 92 Millionen Menschen auf dem Subkontinent den Film der Ufa-Wochenschau gesehen. Lensky: „In Valpareiso kennt uns jeder Straßen-junge.“

Genauer gesagt

Genauer gesagt war der Schuß ein Quer-schläger. Der Vorwurf des Unverständnisses für die Notwendigkeit einer durch eine Datenverarbeitungsanlage entlasteten modernen Verwaltung blitzte bei den Beamten ab. Gemeinhin werden soll stattdessen einer unserer Informanten. Wir halten diese Maßnahme für vernunftwidrig, denn nichts wird dem Ruf der Ruhr-Universität insgesamt weiter abträglich sein. Anstatt intelligente Entscheidungen zu treffen, würde eine Untergebenstruktur bestätigt.

Genauer gesagt sei der Gegenstand unseres Berichtes in der letzten Aussage „ein alter Hut“, wurde uns unter vier Augen gesagt. „Die machen Datenverarbeitung zu Fuß“, erklärte ein Fachmann ohne Umschweife. Also hat Schuld, wer plaudert?

Genauer gesagt hat niemand Schuld. Niemand braucht sich den Schuh anzuziehen. Sowohl die angestellten Fachleute für die Datenverarbeitung als auch die beamteten Leiter der Verwaltung sind Kenner der Materie. Es liegt am System, das sich selbst nicht zu regenerieren vermag.

Genauer gesagt wurde die Bibliotheksverwaltung zum Beispiel erfolgreich rationalisiert (so daß sie jetzt der Deutschen Forschungsgemeinschaft förderungswürdig erscheint), weil ihr Leiter, Prof. Pflug, zugleich als „Halbmathematiker“ das Bibliothekssystem computeraffin zu analysieren wußte — die Qualifikation der Mitarbeiter eingeschlossen.

Darauf kommt es, genauer gesagt, doch an: Jede Organisation, die sich das Instrument der mechanischen Datenverarbeitung nutzbar machen will, muß sich dem Instrument anpassen, nicht umgekehrt!

Das fängt mit der Anerkennung eines für die Programmierung brauchbaren statistischen Fragebogens an (die simple Frage, wieviel Studierende welchen Semesters welcher Abteilung angehören, kann derzeit nicht beantwortet werden!); das erfordert, dem Kernspeicher fortlaufend Änderungen (der Anschriften, der Vorlesungen) einzu-geben; und das führt konsequent auch dazu, daß die Hörsaalverteilung aufgrund der verfügbaren Daten vorgenommen wird — und nicht aufgrund von Wünschen der Professoren, die sich doch nicht so weit einigen, daß sich wichtige Vorlesungen nicht überschneiden.

BESSER SCHWEIGEN? Ulrich Dröge

Genauer gesagt benötigt die Organisation der Verwaltung eine gründliche Analyse. Und dann gilt es zu entscheiden, ob dem-gemäß — programmgemäß — künftig gearbeitet wird, oder weiterhin hauptsächlich manuell und aufwendig. Daß natürlich auch ein wenig an den Privilegien der Fakultäten gerüttelt wird, der Aufstellung der Lehr-pläne, wer will es leugnen?

Wir bezweifeln, genauer gesagt, daß der intellektuelle „input“ ausreichend diskutiert ist. In diesem Falle taugt der Instanzenweg, Sachbereiche werden zur Bearbeitung delegiert, nicht. Die Erfahrung, auch die bisherige negative, muß gemeinsam eingehen in eine von einem Spezialistenteam erarbeitete neue Struktur.

Wir bezweifeln, genauer gesagt, nicht, daß Kanzler Dr. Seel vernünftige Entscheidungen treffen wird. Wir bezweifeln jedoch, daß umfassend und richtig informiert wurde. Weshalb wird zum Beispiel an dem Prinzip, daß nur der Vorgesetzte berichtet, weiter festgehalten?

Für die Reform der Verwaltung, über die Dr. Seel vorzüglich geschrieben hat, müssen an die richtigen Leute jene Vollmachten erteilt werden, die ihre Verwirklichung garantieren.

Für uns, die Herausgeber der BSZ, bedeutet dieses Problem, ganz genau gesagt, leider vorerst noch eine unverschuldete Schlappe: wo die Sache kritisiert wurde — und der Gegenbeweis ausblieb —, soll eine Person geopfert werden.

Forum Politikum

BOCHUM. (BSZ). Vorrangig, um die Bochumer Studentenzeitschrift „Ruhr-Reflexe“ zu verlegen, haben Studenten das „FORUM POLITIKUM BOCHUM — Verein für studentische Publizistik an der Ruhr-Universität“ gegründet. Die R-R nehmen für sich in Anspruch, die kritische Studentenzeitschrift in Bochum zu sein. Diese Tradition zu sichern, soll der geschäftsführende Vorstand Christoph Zöpel (SHB), Barbara Rößler und Raoul D. Huebner (als leitender Redakteur bestätigt) sorgen.

Daneben will man im Zwischenbereich Politik-Literatur auch veranstalterisch tätig werden. Paragraph zwei des Statuts macht „Aufklärungsarbeit auf den Gebieten von Politik, Gesellschaft, Hochschule, Wirtschaft, Kultur, unter besonderer kritischer Berücksichtigung von deren Interdependenzen“ zur Pflicht. Es ist an die Durchführung von Seminaren über Industriedichtung, Folksong als politische Bewegung und die Gewerkschaften gedacht.

Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Studenten Huck (HSU), Binsfeld (SHB), Hahn (NBB), Lückenbach (HBK) und Mösche (SHB und HBK).

Die Partnerschaft mit Orléans fährt auf zwei Gleisen

In einem Festakt im Bochumer Schauspielhaus wurde am 5. Mai das Partnerschaftsverhältnis zwischen den beiden neugegründeten Universitäten Orléans-Tours und Bochum besiegelt. „Beide Universitäten sind gewillt, einander nach Kräften alle Möglichkeiten der Begegnung und des Austausches in Lehre und Forschung zu bieten“, heißt es in dem Partnerschaftsvertrag, der vom Rektor der Universität Orléans-Tours, Professor Dr. Gérard Antoine, und dem Rektor der Ruhr-Universität Bochum, Professor Dr. Heinrich Greeven, unterzeichnet wurde.

Darin wird unterstrichen, daß sich beide Universitäten bewußt sind, einem Auftrag nachzukommen, der unmittelbar aus dem Wesen des Erkennens entspringt und damit zur Festigung freundschaftlicher Bande zwischen ihren Völkern den ihrer Bestimmung entsprechenden Beitrag zu leisten.

Die Modalitäten der Partnerschaft werden demnächst in einem besonderen Abkommen vereinbart.

In der Inaugurationsfeier der Partnerschaft gab Magnifizenz Greeven seiner Freude Ausdruck, die französischen Partner in Bochum begrüßen zu können. Es sei kein Zufall, daß nach dem zweiten Weltkrieg viele Partnerschaften mit Universitäten verschiedener Länder von deutschen Universitäten geschlossen worden seien. Die Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges hätten gezeigt, wohin man komme, wenn nicht alle Kräfte der Verständigung eingesetzt würden.

Diese Partnerschaften seien keine reinen akademischen Angelegenheiten, sagte Professor D. Greeven. „Die Hochschulen sind in der ganzen Welt Stätten, in denen nach der Wahrheit gefragt und die Erkenntnisse gesucht werden, in denen die Früchte solchen Fragens und Suchens weiter gegeben werden, das Leben zu schützen, zu ordnen und reich zu machen.“

In seinem Festvortrag „Die Universität — Stätte des geistigen Austausches und der Weltoffenheit“ unterstrich dann Magnifizenz Antoine die Dringlichkeit einer Wirtschafts- und vor allem einer

Wissenschaftspolitik an den Universitäten. Das gelte besonders in dieser Zeit, da die wirtschaftlichen Mächte in der Struktur der Staaten einen so beherrschenden Platz eingenommen haben, daß sie nur mehr mit Hilfe wissenschaftlicher und technischer Forschung vorankommen können.

Hier bleibe die Frage, ob die Universität daran teilnehmen will, sagte Professor Dr. Antoine. Wohl erschienen auf den Lehrplänen der Universitäten die Wirtschaftswissenschaften und die Politikwissenschaft. „Warum sollte man hier nicht folgerichtig, das heißt auf dem Wege des Austausches, eine Wissenschaftspolitik hinzufügen?“

Professor Dr. Antoine warnte davor, die Perspektiven zu verengen, „indem wir den Dialog zwischen Politiker und Akademiker nur im Rahmen der Nation betrachten, das heißt unserer jeweiligen Länder. Die Berufung der Universität ist es ganz natürlicherweise, den Blickwinkel zu erweitern und Probleme wie diese in seine europäische Verflechtung, ja in Weltzusammenhänge zu übertragen.“

- Vom Partnerschaftsverhältnis zwischen Bochum und Orléans-Tours
- erwartet Magnifizenz Antoine zu nächst einmal eine ständige „Einladung zum Reisen“, denn: „diese Einladung ist etwas Gesundes, wenn sie sie sich an einen gebildeten Intellekt
- und eine wache Aufnahmebereitschaft richtet, die beide bereit sind, einzudringen — ohne einbrechen zu wollen — in die Geographie, die Geschichte, das Denken und die Kunst
- eines Landes.

„Wir erwarten von einem solchen Austausch auch eine Unterweisung in der Toleranz, in der Geduld, den andern zu ertragen und zu verstehen, jene andern, die nur für eine verdunkelte Seele die Hölle sind“, sagte Professor Dr. Antoine.

So weit der von der Pressestelle der Universität herausgegebene Bericht.

Hinter den Kulissen spielten sich freilich ein wenig abenteuerliche Dinge ab. Im Februar dieses Jahres wurden während einer gemeinsamen Besprechung erstmals Termine und ein Programm festgelegt. Die Studentenschaft sagte ihre Mitwirkung an den zunächst als „Universitätswoche“ deklarierten ersten offiziellen Treffen zwischen den Delegationen beider Universitäten zu. Wenig später erging eine Einladung an den Studentenverband UNEF in Orléans; der Brief blieb bis heute verschollen.

Anfang April hörte der Vorstand der Studentenschaft von der Existenz eines Entwurfs des Partnerschaftsabkommens. Auf die Bitte hin erst erhielt er ihn zu sehen und fertigte Ergänzungsvorschläge aus, die dem Rektor zugeleitet wurden. Maximalvorstellung des ASTa: eine beiderseitige Ergänzung der Lehr- und Forschungsprogramme und einen Studentenaustausch, der sich gleichermaßen über alle Abteilungen erstreckt, außerdem Erleichterungen in der Anerkennung des Auslandsstudiums. Zu unrealistisch, wie die Rektoren meinten? Dann stellte sich heraus, daß am 5. Mai doch nur ein unverbindlicher Vorvertrag geschlossen werden sollte.

Da sich außerdem eine Kommunikation zwischen den Studentenschaften immer noch nicht einstellte, beschloß der ASTa zu handeln.

Nacheinander reisten Hochschulreferent Bussiek und der Vorsitzende Ermrich nach Orléans — dort wußte man noch von nichts... Mündlich wurden jetzt Einladungen gegenüber den Funktionären der dem deutschen ASTa vergleichbaren AGEO (Association Générale des Etudiants d'Orléans) ausgesprochen und man besprach den Inhalt des separaten Abkommens.

Diesmal ging es. Sonnabends sollten die ersten Gäste anreisen, bis zum Mittwoch waren acht Studentinnen und Studenten ausgesucht und entscheidungsbefugt, glücklich in Bochum angekommen.

Am 1. Mai jedoch stand plötzlich noch eine zweite Delegation vor der Tür: vom französischen Rektorat sonnabends hastig ausgesucht und mit Fahrkarten versehen, aber ohne den geringsten Schimmer über den Zweck ihrer Reise. Der ASTa beschaffte auch ihnen Unterkünfte und übernahm ihre Betreuung. Das alles aber gefiel an der eigenen Universität weniger. Vor allem nicht, daß die Studentenschaft immer zuerst am Ball war. Als am Mittwoch zu einem Empfang im Parkhotel geladen wurde, bei dem das „Manifest“ unterzeichnet werden sollte, meinte Prorektor Schwartzkopf: „Dann stehen Sie ja zuerst in der Presse!“ So war es.

Die Bochumer Zeitungen berichteten gern und ausführlich über die Studenten, schon vom Ankunftstage an, teilweise auch aus Verärgerung über das steife Protokoll, dem sich die Redakteure und Fotografen fügen sollten, auf Wunsch der Pressestelle.

Der Alleingang der Studentenvertretung („unter der Autorität des Rektors“) genierte, angesichts der französischen Gäste, folglich genierte auch sie es. Peinlich wurde es nur, als der französische Rektor zum Empfang der Studentenschaft wenigstens kurz „vorbeikam“ der deutsche aber nicht.

Auch nach der Ansprache Ermrichs im Schauspielhaus rührte Magnifizenz Greeven nur zweimal die Handflächen. Meinte die Frau des Dekans der philosophischen Fakultät von Tours, unter Anspielung auf die heimlichen Spannungen, milde zu einem deutschen Studenten: „Ça c'est amusant...“ —oe—



Dieses ist die einzige Aufnahme (vor der Besichtigung des Bochumer Vereins), das die französischen Delegationen zusammen und mit ihren deutschen Begleitern zeigt. Vorn (3. v. r.): der Rektor der Ruhr-Universität, Prof. Greeven; darüber in der hinteren Reihe (8. v. r.): der Rektor der Universität Orléans-Tours, Prof. Antoine. Foto: Lichtbildstelle Fried. Krupp Hüttenwerke AG

Wie China die Welt sieht und die Welt China

Zu ihrem ersten Vortragsabend im SS 67 hatte die KSG am 9. Mai eingeladen. Prof. Dr. Tilemann Grimm (Ostasieninstitut der Ruhr-Universität) sprach zum Thema Weltproblem China. Mit einer kurzen Betrachtung der historischen Entwicklung der letzten 30 Jahre leitete Prof. Grimm seinen Vortrag ein. Vom Jahre 1937 (Japan eröffnet den Krieg mit China) über 1949 (der Mao-Kommunismus siegt) bis hin zu den Ereignissen der letzten 10—12 Monate, immer mehr rückte und rückt China in den Blickpunkt der Welt.

Dabei gestaltet sich diese in-Blicksetzen keineswegs als ein einseitiges sondern vielmehr als ein reziprokales Problem. Für die größten Teile der Welt erscheint China als der „Hauptaggressor“, der mit allen Mitteln versucht, die kapitalistischen Hochburgen in Europa und Nordamerika zu stürmen und gegen die abtrünnigen Revisionisten des kommunistischen Lagers zu Felde zu ziehen.

Vergessen wird meist die andere Seite: nämlich China selbst sieht sich von der umliegenden Welt angegriffen: von den großen Wirtschaftsblocken der UdSSR und USA, von Taiwan und von den volkreichen Staaten Japan und Indien.

1. Das Problem der Bevölkerung. Bei einer Jahreszuwachsrate von ca. 2% wird erwartet, daß die Bevölkerung in Mitte der 80er Jahre 1 Milliarde überschreiten wird. Zwar werden die wachsende Industrialisierung, die Arbeitsintensität und die Bevölkerungsplanung der Regierung diese Entwick-

lung verlangsamen, so daß eine große Explosion Chinas nicht zu erwarten ist. Fühlbar dagegen wird die Ausdehnung Chinas in Südostasien bleiben, ebenso wie die Ausdehnung des Chinesentums über die gesamte Welt.

2. Die militärische Bedrohung. Über die militärische Bedrohung läßt sich nach Meinung von Prof. Grimm etwa folgendes sagen: Obwohl ein taktischer Einsatz von kleinen A-Bomben nicht ausgeschlossen scheint und damit verbunden eine Verschärfung der Situation in Südostasien, ist die militärische Lage Chinas eine defensive, da der technische Rückstand nicht von heute auf morgen aufzuholen ist.

Das beweist auch die Tatsache, daß die Zuwachsrate des Sozialproduktes in keiner Weise mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt hält. Während in der gesamten übrigen Welt ein stetiges Anwachsen des Sozialproduktes festzustellen ist, stellen wir in China seit 1960 eine leicht rückläufige Tendenz fest. Ein „Take off“ ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

3. Ideologische Radikalität. Maos Weltbild ist beschränkt (Mao war zweimal in Moskau, sonst hat er China nicht verlassen), aber zugleich universal und zwar vom Anspruch her. Hinter Maos Menschenbild steht die dialektische Philosophie, die den Fortschritt der Welt und der Menschen in ihr durch die Aufhebung der Widersprüche in der Welt erreichen will. In dem die Menschen aber Widersprüche aufheben, schaffen sie neue, helfen aber mit, in unendlich weiter Ferne das Ziel

zu erreichen: Frieden. Er ist dann erreicht, wenn die Weltrevolution gesiegt hat und alle Feinde vernichtet worden sind.

Doch dieser Umsturz aller Ordnung, der sich nach Maos Meinung durch den Fortschritt in den Naturwissenschaften immer mehr nähert, ist weniger eine militärische Bedrohung als eine Bedrohung des Menschen. Die neugeschaffene „Mao-Religion“ hat keinen Platz für das Individuum.

4. Das Volk in China. Wie steht nun das Volk, die Menschen selbst zu diesem Bild? Die Tradition verlangte von den Chinesen jahrhundertlang Gehorsam und Loyalität der Obrigkeit gegenüber Protest eines einzelnen gab es nicht, allenfalls auf sozialem Gebiet. So erleben wir vielleicht gerade jetzt einen Übergang von einem aus Tradition normierten Staat in einen Staat mit einem modernen Wirtschaftsgefüge.

Die Menschen jedoch sind Menschen wie überall auf der Erde, die versuchen, sich jenseits aller „ismen“ sich ihre eigene Welt aufzubauen. Das zeigen die Reaktionen der Bauern auf die Aktionen der Roten Garden.

„Greifen wir deshalb die Herausforderung Chinas auf“, so schloß Prof. Grimm, „und bauen wir durch aktive positive Maßnahmen die Spannungsmöglichkeiten in der Welt ab, denn auch wir wollen den Frieden.“

Bedauerlich, daß zu diesem Vortrag der Hörsaal nicht einmal halb besetzt war. (Wo waren die Roten Garden der Ruhr-Universität?) Meinolf Rohleder



Für BOCHUM ein Begriff

FIEGE PILS FIEGE EXPORT



Auch auf dem Campus von Orléans herrscht noch das Provisorische. Unser Bild zeigt im Vordergrund das Restaurant, dahinter das Gebäude der Bibliothek, aufgenommen vom Studentenwohnheim aus. Foto: AGEO

MANIFEST

Die Studentenschaft an der Ruhr-Universität und die Association Générale des Etudiants d'Orléans sind am 3. Mai 1967 in Bochum zusammengetroffen und haben beschlossen, das folgende Abkommen zu treffen:

1. Der Student ist als Staatsbürger frei und verantwortlich.
2. Es kann keine Entscheidung, die sein Leben als Student mittelbar oder unmittelbar betrifft, gegen seine Interessen getroffen werden.
3. Folglich wird den Studentenschaften die volle Zuständigkeit in allen ihren Angelegenheiten zuerkannt.
4. Darüber hinaus bestehen beide Studentenschaften auf ihrer Konzeption von der Rolle der Universität; daß nämlich
 - a) durch den Inhalt und die Methode von Forschung und Lehre die Entwicklung kritischen Bewußtseins als dem verantwortlichen Denken gefördert wird;
 - b) jeder Student, unbeschadet seiner sozialen Herkunft, gemäß seiner Fähigkeit das gleiche Recht auf Bildung genießt.

Die beiden Studentenschaften haben ein gemeinsames Programm beschlossen:

1. Jedes Jahr wollen sie abwechselnd in Bochum und Orléans, entweder im April oder Juli, ein Seminar über die sie interessierenden Probleme abhalten.
2. Sie streben einen Kultur- und Sportaustausch an.
3. Sie wünschen, daß jeweils ein beauftragter französischer bzw. deutscher Student in Orléans bzw. in Bochum für ein Jahr studiert, um eine ständige Verbindung zwischen ihren beiden Studentenschaften zu garantieren.
4. Sie wollen für einen Austausch zwischen Studenten und Professoren aller Disziplinen der beiden Universitäten sorgen.
5. Diese Abkommen werden noch präzisiert.



BSZ-Leser antworten

Betr.: Moser-Mythos (BSZ 5/67)
Unter der Überschrift „Laßt doch Lübke sprechen“ teilen Sie in einem besonders hervorgehobenen Abschnitt in der BSZ vom 3. 5. 1967 mit, der amtierende Rektor der Universität Bonn, Prof. Moser (der sein Veto gegen das Auftreten von Frau Prof. Faßbinder bei einer Veranstaltung am 8. Mai in der Bonner Universität eingelegt habe), habe „schon einmal wegen seiner unklaren Rolle bei der Aberkennung der Ehrendoktorwürde Thomas Manns im Dritten Reich eine schlechte Presse“ gehabt. Diese Mitteilung hat mich veranlaßt, umgehend zur Förderung der BSZ einen Betrag von 10,— DM auf Ihr Konto zu überweisen. Als Freund der vergleichenden Mythenforschung bin ich nämlich hochehrfroh, meiner Liebhaberei auch in Ihrem Blatt

nachgehen zu können, wo sich jetzt so schön die Entstehung eines Moser-Mythos verfolgen läßt. In dem Wochenblatt „Die Zeit“ sind zwar Ende 1964 und Anfang 1965 die Affäre Moser und die Affäre Thomas Mann parallel behandelt worden, die Feststellung aber, daß Prof. Moser schon bei der Aberkennung der Ehrendoktorwürde Thomas Manns eine „unklare Rolle“ gespielt hat, daß also beide Affären aufs engste miteinander verknüpft sind, stellt ein Novum dar, das erst Ihrem Blatt zu entnehmen ist. Prof. Moser ist erst nach dem Krieg in Tübingen habilitiert worden. Er dürfte also einige Schwierigkeiten gehabt haben, bei der besagten Aberkennung in der Bonner Philosophischen Fakultät schon ein Wort mitzureden.
Joachim Schulze

... gleich neben der Mensa

IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER

463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennerhofstraße 70 - Telefon 51 13 60

Nachrichten aus der Universität

Die Universitätsbibliothek erhält einen dotierten Forschungsauftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Der Bericht über die bislang einzig dastehende Organisation der UB soll für die Bundesrepublik ausgewertet werden. An der Ruhr-Universität will man die Methoden der Beschaffung und Katalogisierung von Büchern aufeinander abstimmen und weiter rationalisieren, so daß die Katalogisierung auf einen „Annex der Beschaffungsstelle“ reduziert wird.

„Boten einer besseren Zukunft“ des französisch-deutschen Studienaustausches nannte Rektor Prof. D. Greeven die 25 Germanistikstudentinnen und -studenten der Sorbonne, die während des Sommersemesters im Zuge eines größeren, von Prof. Bertaud eingeleiteten, Austauschprogramms mit der Bundesrepublik an der Ruhr-Universität studieren, in seiner Ansprache an die neumatrikulierten Studierenden am 10. Mai.

Der Vorstand der Studentenschaft empfing am 9. Mai eine Studentendelegation der niederländischen Universität Nymegen. Die sechs Kommilitoninnen und Kommilitonen waren die gewählten Vertreter der sechstausend Studierenden ihrer Universität. Sie waren begleitet von drei Herren des Planungsstabes in Nymegen, einer ebenfalls neuen, 1951 gegründeten Universität. In Gesprächen mit der Bochumer Studentenvertretung und des Staatshochbauamtes sowie der Universitätsverwaltung informierten sich die Gäste intensiv über die Ruhr-Universität. Die Delegation nahm auch an der Immatrikulationsfeier am 10. Mai teil. Die Studentenschaft wird die Beziehungen zu Nymegen weiter ausbauen.

Eine fünfköpfige Delegation von Studentenfunktionären des israelischen Nationalverbandes besuchte ebenfalls am 9. Mai die Ruhr-Universität. Sie wurde betreut vom Vorstand der Bochumer Studentenschaft. In den Gesprächen wurde vor allem die schwierige Frage offizieller Kontakte zwischen den Studenten beider Länder diskutiert.

Professor Dr. Roman Schnur, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft, wird im Sommersemester 1967 Vorträge an den Universitäten Manchester/England und Pamplona/Spainien über die Reform der kommunalen Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland halten.

Das Institut für Politische Wissenschaft wird unter der Leitung der Professoren Dr. Reinhart Koselleck (Ordinarius für Politische Wissenschaften unter Berücksichtigung der Neueren Geschichte) und Dr. Roman Schnur (Ordinarius für Politische Wissenschaften) im Herbst d. J. ein internationales Kolloquium mit finanzieller Unterstützung der Fritz-Thyssen-Stiftung veranstalten, an dem namhafte Gelehrte des In- und Auslandes teilnehmen werden. Das Kolloquium wird sich mit dem internationalen Stand der Forschung über den englischen Philosophen Thomas Hobbes befassen.

Professor Dr. Yang Tsung-han, Hongkong, erhielt eine Gastprofessur für das Sommersemester 1967. Er hält Vorlesungen bzw. Übungen aus dem Gebiet der chinesischen Literatur in der Abteilung für Philologie.

CDU / CSU hörte Studenten zur Studienreform

BONN (dpa) — Die CDU/CSU-Fraktion hatte 35 Vertreter von 25 studentischen Vereinigungen zu einer Diskussion über Fragen der Studienreform geladen. Zehn mit diesen Fragen vertraute Abgeordnete stellten sich der Diskussion. Als Ergebnis des Gesprächs zeichnet sich eine Reihe von Gesichtspunkten ab:

1. Acht bis neun Zehntel der Studienanfänger erwarten von der wissenschaftlichen Hochschule in erster Linie eine gute Berufsvorbereitung, um dann, mit wissenschaftlichem Arbeiten vertraut, ihrem Berufsziel nachzugehen.
2. Das Prinzip des vom Wissenschaftsrat empfohlenen Grundstudiums wird im allgemeinen bejaht, doch müßten für die von Assistenten und Tutoren betreuten Gruppen auch ausreichende Hilfen durch einen Ordinarius gegeben werden.
3. Die das Grundstudium begleitenden Zwischenprüfungen wurden unter der Voraussetzung begrüßt, daß sie einer Vertiefung und Festigung von Kenntnissen und wissenschaftlichen Arbeitsweisen, nicht aber nur einer negativen Auslegung dienen sollen. Es sei notwendig, die Hochschuldidaktik stärker als bisher zu fördern.

wendig, die Hochschuldidaktik stärker als bisher zu fördern.

4. Keine einheitliche Linie gab es in der Frage des Abschlusses des Hauptstudiums und des Aufbaustudiums. Einzelne Vertreter streben eine Lösung an, die den Übergang zur nächsten Stufe schon während des Hauptstudiums gestattet.
5. Eine sinnvolle Studienverkürzung wird im Prinzip bejaht, im einzelnen aber möglichst der Entscheidung des Studenten überlassen.
6. Auf erheblichen Widerstand stößt jede Art einer Zwangsmatrikulation, wobei er vor allem aus den Erfahrungen der Überfüllung der Hochschulen zu resultieren scheint.
7. Jede Stufe der äußeren Reform der Hochschule müsse mit einer inneren Reform synchronisiert werden.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises für Wissenschaft und Publizistik der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Berthold Martin, erklärte, die wissenschaftlichen Hochschulen hätten auch in Zukunft eine doppelte Aufgabe. Sie dienten der Vorbereitung auf die akademischen Berufe und der Ausbildung zu wissenschaftlichem Arbeiten.

Neuer AStA wurde in Bonn gewählt

BONN (dpa) — Das Bonner Studentenparlament setzte einen neuen AStA ein, nachdem sich herausgestellt hatte, daß der bisherige, aber nach den Auseinandersetzungen mit dem Senat zurückgetretene AStA bei seiner Wahl formelle Mängel aufgewiesen hatte. Neuer AStA-Vorsitzender wurde cand. phil. Rudolf Pörtner. Der neue AStA will die Politik seines Vorgängers fortsetzen und fordert ein unbeschränktes Benutzungsrecht von Universitätsräumen für Veranstaltungen der Studentenschaft ohne ein Kontrollrecht des Rektors. Er will am politischen Mandat der Studentenschaft festhalten.

Kritik wurde nur an der Form der Politik des bisherigen AStA-Chefs Boob geübt. 19 Mitglieder des Studentenparlaments, unter ihnen alle dem Parlament angehörenden SDS-Mitglieder, legten nach dem Wahlsieg ihr Amt nieder und begründeten ihren Schritt mit einer angeblich reaktionären Haltung des Studentenparlaments. Der neue AStA-Vorsitzende wandte sich gegen ein Arrangement mit dem Rektor und Senat „um des lieben Friedens willen“.

Rektor verteidigt sich

Der Rektor der Universität Bonn wies Behauptungen des zurückgetretenen AStA zurück, daß seine gesamte Tätigkeit auf sozialem, kulturellem und hochschulpolitischem Gebiet durch die Erklärung des Senates zur politischen Betätigung von Studenten lahmgelegt sei. Eine solche Behauptung sei eine „demagogische Verfälschung“ des Inhaltes der Senatserklärung, mit der dem AStA Grenzen für eine politische Betätigung auferlegt worden seien. Der Rektor versicherte, er habe sich veranlaßt gesehen, im gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Raum der Universität für eine Veranstaltung mit Frau Prof. Faßbinder zur Verfügung zu stellen, da er sich persönlich und im Einvernehmen mit dem Senat um eine alle Seiten befriedigende Lösung der umstrittenen Ordnungsangelegenheit bemühe. Es sei unwahr, daß der Bundespräsident in irgendeiner Weise versucht habe, Einfluß auf die Entscheidung des Senates zu erlangen.

Das Verwaltungsgericht Köln hat einen Antrag des AStA der Universität Bonn gegen Rektor und Senat auf Erlaß einstweiliger Anordnungen abgelehnt, durch die der Rektor verpflichtet werden sollte, dem AStA einen Hörsaal für eine Veranstaltung mit Frau Prof. Faßbinder zur Verfügung zu stellen.

Gericht interpretiert status quo

In der Begründung des Ablehnungsbeschlusses führt das Gericht u. a. aus, der AStA habe nicht dargelegt, daß er im ordentlichen Verfahren keinen wirksamen Rechtsschutz erreichen könne und dieses zu für ihn unzumutbaren Folgen führe, da die Veranstaltung entweder zu einem späteren Zeitpunkt oder in einem Saal der Mensa erfolgen könne.

Darüber hinaus habe der AStA auch den von ihm behaupteten Rechtsanspruch auf Bereitstellung eines Hörsaals nicht glaubhaft gemacht. Das Verwaltungsgericht sah in einer Sympathiekundgebung des AStA für Frau Prof. Faßbinder eine politische Betätigung, die über den Rahmen der staatsbürgerlichen Bildung der Studenten und damit der Aufgaben der Studentenschaft hinausgehe.

Wörtlich heißt es in dem Beschluß des Gerichts: „Gemäß § 4 Absatz 3 der Satzung der Studentenschaft dürfen die Organe der Antragstellerin zu politischen Fragen nur im Rahmen der studentischen Interessen Stellung nehmen. Dies ist keine Beschneidung des selbstverständlichen Rechtes jedes Staatsbürgers, sich politisch zu betätigen und zu politischen Fragen Stellung zu nehmen.“

Dieses Recht bleibt auch den Studenten der Universität unbenommen. Soweit es sich jedoch um eine politische Betätigung der Antragstellerin als Organ der Universität handelt, sind dem die sich aus dieser Stellung und der Aufgabe der Universität ergebenden und in der Universitätsverfassung sowie der Satzung der Studentenschaft niedergelegten Grenzen gesetzt. Der Antragsteller ist nicht verpflichtet, eine diese Grenzen überschreitende Betätigung durch die Bereitstellung von Räumen zu fördern.“

ABITUR MIT 18 JAHREN

ESSEN. (akd) — In ihrer „26. Entscheidung“ hat sich die Gesprächsgruppe Akademischer Nachwuchs im Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft für ein mit 18 Jahren abzulegendes Abitur ausgesprochen. Die Entscheidung mit dem Titel „Die Dauer der Schulzeit“ hat folgenden Wortlaut:

„Die Gesprächsgruppe ist der Auffassung, daß die akademische Berufsreife in Deutschland wesentlich früher als zur Zeit erreicht werden muß. Hierzu muß die zur Studienfähigkeit führende Schulausbildung möglichst mit 18 Jahren beendet sein. Dies zu erreichen, bieten sich individuell folgende Wege an:

1. Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre, entweder durch Herabsetzung der Grundschulzeit oder durch Verminderung der Gymnasialzeit um ein Jahr, letzteres aber nicht zu Lasten der Oberstufe.
2. Vorverlegung der Einschulung um ein Jahr.

Die Gesprächsgruppe bittet die pädagogischen Fachgremien, sich mit dieser Frage vordringlich zu befassen und den berufenen Institutionen bald Vorschläge zur Beschlußfassung vorzulegen.“

WELLAUER'S
PIPE TOBACCO
ENGLISH BLEND 3,50 DM
Gratisprobchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

Filmclub

Der Studienkreis Film zeigt die folgenden Filme: (jeweils 18.15 und 20.15 Uhr): am 24. 5.: DIE GESCHICHTE DER NANA S (mit Anna Karina); Regie: Jean-Luc Godard;

am 31. 5.: DIE FAUST IM NACKEN (mit Marlon Brando); Regie: Elia Kazan. Besonders der letzte Film soll unter soziologischen Gesichtspunkten (Star-Rebell-Gesellschaft) diskutiert werden, nach der 20.15-Uhr-Vorstellung in den Räumen der Studentengemeinden, Baracke 9.

Filmcooperative

In Bochum werden zur Zeit zwei 16-mm-Kurzfilme gedreht! Wer Interesse hat, daran mitzuarbeiten, wende sich an: Detlef Langer, 463 Bochum, Overbergstraße 88.

Es soll eine „film-cooperative“ gegründet werden: eine locker organisierte Gruppe von Filminteressierten, die sich gegenseitig bei den Filmarbeiten unterstützen, mit technischem Material aushelfen und vielleicht auch finanziell zusammenarbeiten.

Gesucht werden: Drehbuchautoren, Kameraleute, Regisseure, Schauspieler, Aufnahmeleiter, vor allen Dingen Leute, die Lust an der Filmarbeit haben.

Sehenswerte Ausstellungen

JURISTISCHE FACHSCHAFT: Im Gebäude I B 4/48 setzt die juristische Fachschaft die Reihe ihrer Kunstausstellungen fort, diesmal mit Aquarellen und Ölbildern von K. H. Nilsson. Die Ausstellung ist bis zum 17. Juni geöffnet, montags bis freitags von 9 bis 21 Uhr und sonnabends von 9 bis 13 Uhr.

HAUS MICHAEL: Am 1. Juni wird eine Ausstellung von Ölbildern und Grafiken des jugoslawischen Künstlers Zlatko Prica eröffnet. Zlatko Prica genießt einen internationalen Ruf und hat schon in der ganzen Welt ausgestellt.

BÜCHERSCHEUNE: Der Kunstverein Bochum e. V. stellt seit dem 10. Mai (bis zum 11. Juni) den Münchner Maler Günther Knipp vor.

Handelsblatt

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG - VEREINIGT MIT Deutsche Zeitung

Die Zeitung

die sich bezahlt macht

Vorzugspreis für Studierende DM 4,50 (statt DM 9,60) monatlich bei freier Zustellung an die Studien- bzw. Ferienanschrift. Auf Wunsch kostenlose Probeflieferung.

Vorzugspreise für die im HANDELSBLATT-Verlag erscheinenden Zeitschriften: DER BETRIEB DM 4,40 DIE ABSATZWIRTSCHAFT DM 3,25 · WIRTSCHAFT UND WETTBEWERB DM 5,40 · ATOMWIRTSCHAFT - Atomtechnik DM 3,75 · CHEMISCHE INDUSTRIE DM 3,75.

VERLAG HANDELSBLATT · 4000 DÜSSELDORF · POSTFACH 1102

Wer **ADLER** schreibt bei **ADLER** bleibt!
Miete - Mietverkauf



Adolf Loewe

Bochum
Kortumstraße 95
Ruf 62341



... auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.
Und außerdem noch ein Krankenhaus-Taggeld zahlt!
Kranksein ist teuer — wir helfen!
DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.G.
Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum,
Kortumstr. 86, Telefon 6 05 46-48
oder Studentenwerk Bochum e. V.,
dienstags 12.00 bis 14.00 Uhr

KUNST & BÜCHERSCHEUNE

... gleich hinter der Mensa

wywiad
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote • Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 • Ruf 61423

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der Studentenschaft an der Ruhr-Universität. Vorsitzender: Roland Ermrich.

Redaktion: Ulrich Dröge (Referent für Öffentlichkeitsarbeit)

Zeichnungen: Pieter Ketting

Fotos: Rolf Hüper

Idee - Layout: Hendrik Bussiek

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. Nr. 66 (Ruhr-Universität). Tel. 51 18 55.

Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kto.-Nr. 906 859

Druck: Druckhaus Schürmann & Klagges Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16, Ruf 6 47 46 - 48, Telex 0 825 514.

WESTFALENBANK

IHRE BANK IN QUERENBURG
Zweigstelle Ruhr-Universität Lennershofstr. 70 Tel: 511315
Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Das „Honnefer Modell“ wird jedoch nur in unserer Zweigstelle Ruhr-Universität ausgezahlt.
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestr. 21-25